

Meine Firma liebt mich nicht

Obwohl viele Jobs sicher sind und gut bezahlt, geht die Mehrheit der Deutschen nicht gerne zur Arbeit. Zum Teil liegt das an zu hohen Erwartungen. Vor allem aber vermissen Mitarbeiter eines: Wertschätzung

WIRTSCHAFT SEITE 23

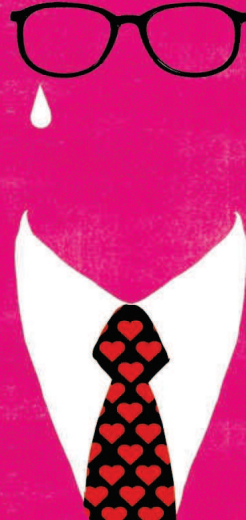


Illustration: Alexander Gottschalk für DIE ZEIT



Noten in der
Grundschule?
Eine Ministerin
will sie abschaffen

Chancen, Seite 69



Wissen fürs Auge
Was die Infografik
heute leistet – und
was sie nicht darf

Wissen, Seite 37



Aufgemöbelt
Die besten Ideen
für schöne Büros –
auf 108 Seiten

Ein Design-Special des ZEITmagazins

PROMINENT IGNORIERT



Luft wird knapp

Als die Bürger von Schilda ein Rathaus ohne Fenster errichtet hatten, trugen sie so lange das Licht in Eimern hinein, bis es auf dem Rathausplatz dunkel wurde. In der chinesischen Stadt Zhengzhou, wo die Luft extrem verschmutzt ist, hat ein Reisebüro Sackie mit frischer Luft angeboten, um für eine Reise in die Berge zu werben. Die Bürger standen Schlange. Wahrscheinlich wird jetzt in den Bergen die Luft knapp.

GRN.
Kleine Bilder (v.a.): Glow Images; ZEIT-Grafik; Tom Dixon Studio; Imaginethna/Cortis; imago

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeitsverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0, E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserservice@zeit.de

ABONNEMENTSERVISE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DKR 45,00/NOR 65,00/FIN 7,00/E 5,50/
Kanaren 5,70/E 5,50/NL 4,80/A 4,60/
CHF 7,30/US 5,50/GR 6,00/B 4,80/P 5,50/
L 4,80/HUF 1960,00

N°15

69. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 1104501 15

RECHTSPRECHUNG

Bonus für Fremde?

Die Debatte um den »Islam-Rabatt« zeigt: Die Empörungsmaschine erlaubt keine Differenzierung VON BUNDESRICHTER THOMAS FISCHER

Es raunt, aus angeblich aktuellem Anlass, die Strafgerichte der Bundesrepublik gewähren zu häufig einen »Islam-Rabatt«. Gemeint ist die Verhängung vermeintlich zu milder Strafen für Gewalttaten mit »islamischem« Motiv-Hintergrund. Die *Bild*-Zeitung meldet, Forschungen des Max-Planck-Instituts Freiburg hätten dies belegt. Der *Spiegel* meldet am selben Tag, die Freiburger Doktorandin habe just das Gegenteil festgestellt.

Beim Nachlesen in dem schon vor drei Jahren veröffentlichten Gutachten findet man allerdings nichts davon; nur die geduldige Beschreibung einer komplizierten Gemengelage.

Die Empörungsmaschine freilich erlaubt weder Geduld noch Differenzierung: Sofort muss eine Meinung her. Der Boden allerdings ist hochgradig vermint. Zwischen »Ehrenmord« und Chauvinismus, Fremdenfurcht und Selbstzweifel, kleiner Politik und großen Gefühlen pendeln die Seelenlagen der herrschenden und der anderen Meinungen; typisch ist das Hantieren mit unverständlichen Begriffen, unklaren Fragestellungen, unbekanntem Maßstäben. Fettnäpfchen allerorten.

Eine Unterscheidung nach dem Einzelfall ist Gebot unserer Verfassung

Perspektivwechsel können bei der Orientierung helfen. Erinnern wir uns also an die Zeit, als Millionen Deutsche Einwanderer waren: Als im 18. und 19. Jahrhundert deutsche Bauern vor dem drohenden Hungertod nach Amerika flohen, nahmen sie nicht nur Kreuzfixe und Heimatlieder mit, sondern auch Ehre, Kultur und Anschauungen. Sie wohnten zudem in der neuen Heimat am liebsten unter ihresgleichen und sprachen ihre alte Sprache, bis ihre Sehnsucht so aus der Zeit gefallen war wie die Volkstänze auf dem Vertriebenentreffen und die Zöpfe der deutschen Mädel in Kasachstan.

Wer sich gegen die alten Stitten verging, den bestrafte sie strenger als die Sünder wider die Gesetze des neuen Staats. Jene Länder, die damals Ziel für die Armen Europas waren, formulierten freilich ein Versprechen, dessen Magie bis heute fortwirkt: das auf die Geltung von Menschenrechten gestützte Versprechen einer Einheit von Pflicht, Verantwortung und Freiheit, gegründet auf Prinzipien von Demokratie und Selbstverantwortung. Dies motivierte die Einwanderer, ihre Kraft in die Gestaltung einer (Rechts-)Kultur zu investieren, die auf dem Fundament weniger Regeln die Anerkennung auch des jeweils Andersartigen gebot. Ohne eine Perspektive, die neue Heimat tatsächlich mitgestalten zu können, gibt es keine Hoffnung und auch keinen Grund, sich zu öffnen für die Abenteuer des Neuen.

Zurück ins Deutschland von heute: Es sind nicht die pakistanischen Bauern, die anatoli-

schen Großväter oder die kongolischen Hungerleider, die das europäische Strafrechtssystem ins Wanken bringen. Dieses funktioniert recht stabil seit vielen Hundert Jahren. Die Ansicht, in der deutschen Strafjustiz gebe es einen strukturellen »Bonus« für Fremde, ist fernliegend. Fremde haben bei uns vielmehr – wie überall sonst – erhebliche Nachteile zu erwarten.

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass, wer in Deutschland lebt, in der Regel nach den Rechts- und Moralvorstellungen dieser Gesellschaft zu beurteilen ist. Damit ist nicht eine »Pflicht zur Assimilation« gemeint, sondern Respekt vor den Formen und Inhalten der Meinungsbildung in der neuen Heimat. Diese muss umgekehrt Einwanderern die Freiheit bieten, aktiver Teil einer neuen gemeinsamen Kultur zu werden.

Im Einzelfall freilich kann das Empfinden eines aus einer anderen Kultur stammenden Menschen noch so stark von den Ansichten seines bisherigen Lebensumfelds geprägt sein, dass es ihm vorerst viel schwerer fällt als anderen, die Regeln der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland zu akzeptieren.

Wenn er sich jedoch der Einsicht in diese Regeln nicht feindlich verschließt, sondern schicksalhaft in sie verstrickt ist, wird man seine Schuld geringer gewichten als die desjenigen, dem die Maßstäbe der Bewertung von vornherein klar waren. Die Gewalttat eines gerade erst eingereisten pakistanischen Asylbewerbers wird man, wenn er die »Ehre« seiner Töchter so verteidigt, wie er es gelernt hat, vermutlich anders beurteilen als die Wut eines seit zwanzig Jahren in die hiesige Lebenswelt integrierten Spätaussiedlers.

Eine Unterscheidung nach dem Einzelfall ist Gebot unserer Verfassung und ständige Praxis der Gerichte. Sie ist kein Privileg bestimmter Bevölkerungsgruppen. Sie wird von hier geborenen Beschuldigten, deren Besonderheiten oft viel weniger gravierend sind, regelmäßig reklamiert und von den Gerichten auch anerkannt, beispielsweise wenn der Täter vom Opfer vorher massiv provoziert wurde.

Es geht also nicht um die Privilegierung oder die Unterdrückung von Systemen der Weltanschauung, sondern um die Anerkennung unseres Rechtssystems als Basis eines freien, gleichberechtigten Lebens.

Wer die Ansicht vertritt, in Deutschland werde zu Unrecht ein Straf-»Rabatt« für Rückständigkeit und Verbohrtheit gewährt, sei an die lustigen Geschichten aus dem Königlich-Bayerischen Amtsgericht erinnert oder aus anderen Milieus kleinwinkliger-störrischen Andersens. Mit etwas Anstrengung wird er im Bauern Alois und in seiner Zenzi die rauen, aber zarten Seelen des Bauern Yildiz und seiner Aysel erkennen. Und mit etwas gutem Willen.

www.zeit.de/audio

WIRREN IN DER TÜRKEI

Der Falsche

Nach den erneuten Ausfällen Erdogans stellt sich für Europa die Frage: Kann man sich auf das Land noch verlassen? VON MICHAEL THUMANN

Was ist das für ein mögliches EU-Beitrittsland, in dem der Ministerpräsident seinen Gegnern nach der Wahl zuruft: »Wir rücken euch auf den Pelz, ihr werdet bezahlt werden? Die Türkei hat sich unter Recep Tayyip Erdogan stark verändert. In den ersten Jahren seiner Regierung zum Besseren. In den letzten Jahren aber verändert sich das Land rasant zum Schlechtesten. Die Bestätigung von Erdogans konservativer AKP bei den Kommunalwahlen lässt das Schlimmste befürchten. Längst zerfrisst die Korruption den Staat bis hoch zum Premier. Millionen Dollar werden in Schuschachteln gehortet. Erdogan baut sein Land in einen autoritären Staat um, in dem alles auf ihn zulauft. Er lässt sich »großer Meister« nennen, EU-fremder geht's nicht. Europa bekommt damit an seinen Grenzen neben dem unruhig-expansiven Russland noch ein Problem.

Erdogan geht seine ganz eigenen Wege in der schwierigen Region. Wie mit dem schwierigen Nato-Land Türkei umzugehen ist, wird für die EU zur Schlüsselfrage im Osten. Manche sagen jetzt, Erdogan sei doch schon immer ein unverbesserlicher Islamit gewesen, das habe alles so kommen müssen. Wer so argumentiert, hat das eigentliche Problem nicht begriffen. Erdogan ist kein Islamit, er ist noch nicht mal richtig islamisch. Das verrät sich nämlich schlecht mit Korruption und Rachsucht. Erdogan ist mit seinen Empfehlungen zur Abtreibung und zum Sexuellen eher ein Magensaft-Moralist, erzkonservativ und paternalistisch. Spezifisch islamisch ist das nicht.

Sein Hauptproblem aber ist nicht ein Zuviel an Moral, sondern ein Zuwenig: sein korrupter Autoritarismus. Damit fügt er sich in eine ganz andere Reihe als in die der Islamisten, vielmehr gehört er zu den autoritären Führern von Aserbaidschan, Russland und Ägypten. Gerade Letzteres würde Erdogan weit von sich weisen, hat er doch sehr gegen den Putsch von General Al-Sissi in Kairo 2013 protestiert. Doch wenn er genau hinsähe, fiel ihm auf, wie sich die beiden Länder annähern: Verfolgung von Journalisten, Absetzung von Fernsehsendungen, Manipulation des Netzes, Gefälligkeitsurteile der Justiz, Korruption im Staatsgebäude.

Die EU stößt jetzt auf harten Grund. Noch 2011 kam mit den arabischen Aufständen die leise Hoffnung auf, Europa könnte am Mittelmeer an mehrere demokratische oder zumindest offenere Gesellschaften grenzen. Mittlerweile ist klar, dass die Entwicklung fast überall zurückgedreht wird. Ein Kranz von autoritär regierten Staaten legt sich um die östlichen und südlichen Grenzen Europas, von Algerien und Ägypten

über die Türkei bis nach Russland. Diese Staaten sind repressiv und säkular zugleich, aber stets unter Benützung der Religion für politische Zwecke. Wo Erdogan den Muslim hervorkehrt, betet Putin in der Erlöserkathedrale in Moskau. Es gibt nur noch wenige Ausnahmen: Tunesien, Georgien, vielleicht die Ukraine.

Für Europa stellt sich nun die Frage, ob man sich auf die Türkei noch verlassen kann. Zwei Einblicke geben da Auskunft. Der erste stellte kürzlich die Zuverlässigkeit des Bündnispartners Türkei infrage. Auf einer Audiodatei war ein Gespräch zwischen dem Außenminister und dem Geheimdienstchef zu hören. Sie berieten darüber, wie sie einen Angriff aus Syrien auf die Türkei fingieren könnten, um daraufhin nach Syrien einzumarschieren. Das ist kein Nato-Stil, sondern eine Nahost-Intrige. Die Türkei ist gewiss in einer schwierigen Lage. Hunderttausende Syrer leben im Land, hinter der Grenze stehen Al-Kaida-Islamisten, das Assad-Regime und aufständische Kurden. Deshalb hat die Nato, und

mit dabei die deutsche Bundeswehr, Patriot-Abwehrraketen in der Südsttürkei aufgestellt. Aber diese Solidarität gilt nicht für erfundene Angriffe. Das sollte die Nato Ankara deutlich wissen lassen.

Der zweite Einblick geht auf die Straßen, Protesten gegen all das, was Europa an Erdogan missfällt: die Sperrung von YouTube und Twitter, die Unterdrückung der Medien, die Gleichschaltung der Justiz, ja auch die türkische Syrienpolitik. Je autoritärer Erdogan sich benimmt, desto mehr Menschen wagen sich auf die Straße. Polizeierorrer und kurzer Prozess konnten sie bisher nicht abschrecken. Die türkische Zivilgesellschaft war wohl nie so selbstbewusst wie heute. Wohlgekannt: Auch wenn die AKP auf 45 Prozent kam, hat immer noch eine Mehrheit der Türken nicht AKP gewählt. Genau darauf kann die EU bauen.

Darum sollte Europa das Land nicht gleich fallen lassen. Die CSU fordert bereits das sofortige Ende der Beitrittsverhandlungen. Leider ist es das Einzige, was ihr beim Thema Türkei einfällt. Es gibt einen besseren Weg. Die Verhandlungen stehen ohnehin auf der Stelle. Die EU sollte sich nicht beeilen, daran etwas zu ändern. Sie kann sogar erklären, dass mit diesem Erdogan ein Beitritt sehr unwahrscheinlich ist. Aber sie kann auch klarmachen, dass die erwachte türkische Zivilgesellschaft in besseren Zeiten weiter willkommen ist. Das wäre dann noch ein guter Grund mehr, Erdogan abzuwählen.

www.zeit.de/audio



Wer ist Erdogan?

Trotz Korruption und Skandalen: Die Türken lieben ihn. Warum? S. 3